



HESSISCHER LANDTAG

16. 04. 2002

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend das Desaster der ruhigen Hand beseitigen - endlich Zustimmung für das OFFENSIV-Gesetz zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Bundesländer nachdrücklich dazu auf, dem OFFENSIV-Gesetz der Landesregierung zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen im Bundesratsplenum am 26. April zuzustimmen, um die lange überfällige Reform des Arbeitslosen- und Sozialhilfesystems auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Angesichts 4,156 Millionen Arbeitsloser (davon 1,31 Millionen Langzeitarbeitslose) bundesweit im März 2002 sind parteistrategische Blockaden der SPD-geführten Bundesländer, die bisher in den Ausschüssen des Bundesrats eine Zustimmung für eine wirksame Reform des Arbeitslosen- und Sozialhilfesystems verhindert haben, unverantwortlich.

Nur mit dem OFFENSIV-Gesetz der Landesregierung wird ein Paradigmenwechsel von der Anspruchshaltung hin zu einem verbindlichen Kontrakt von Leistung und Gegenleistung erreicht werden.

Experimentierwilligen Ländern wie Hessen muss im Interesse der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger die Chance zu neuen Lösungsansätzen gegeben werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird gezielt die Erwerbsarbeit des Einzelnen und nicht seine Arbeitslosigkeit gefördert.

Wiesbaden, 15. April 2002

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Kartmann

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Hahn